

Calmer Tagblatt

Nr. 260 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Erziehungswesen: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 25 Mt., Reklamen 200 Mt. x. Schlusssatz. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Dienstag, den 6. November 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Postlohn 800000000 Mt., wöchentlich. Postbezugspreis 800000000 Mt. ohne Postlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Auseinandersetzungen im Innern haben eine weitere Verschärfung erfahren. Radikale Reichsorganisationen haben an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet, sie möge eine Militärdiktatur errichten, andernfalls würde das von anderer Seite geschehen. An der bayerisch-thüringischen Grenze haben sich rechtsradikale Kampfgruppen angesammelt. Auf der linksradikalen Seite wird natürlich ebenfalls gerüstet. Auf den dadurch drohenden Bürgerkrieg hat die Reichsregierung durch einen Aufruf aufmerksam gemacht, in dem sie auf die Wirkung solcher Pläne im Innern und nach außen hinweist, und erklärt, daß die Reichswehr allen derartigen Absichten energisch entgegenzutreten werde.

Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, wonach Verträge, die auf Bezahlung in ausländischer Währung lauten, für die Dauer der Verordnung ungültig sind. Eine Verordnung, die einen bestimmten Mindestwährungstausch der Papiermark gegenüber den wertbeständigen Zahlungsmitteln sichert, ist in Vorbereitung.

Die deutsche Regierung hat eine Protestnote an Frankreich wegen der Unterstützung der Sonderbündleraktionen gerichtet. Das Dumpinggeschäft scheint nach dem ersten Mißerfolg nun zu einem zweiten Schlag auszuholen, und zwar wiederum mit Hilfe der Franzosen.

Die französische Antwort an Amerika ist gestern übergeben worden. Aus Brüssel wird gemeldet, daß sowohl die belgische Regierung wie die englische in Paris und Washington Schritte getan haben, um eine Verständigung zwischen dem amerikanischen und französischen Standpunkt noch in letzter Stunde zu erreichen. Heute wird nun schon von einem Sonderabkommen Englands, Italiens und Belgiens über den Charakter des Sachverständigenausschusses berichtet. Danach wäre also mit einer Sonderaktion dieser Staaten im Falle der Aufrechterhaltung des Widerstandes durch Frankreich zu rechnen. Für uns wäre eine solche „Lösung“ nicht wünschenswert, weil dann Frankreich neue Zeit hätte, seine Zerstörungssaktion im Rheinland und Ruhrgebiet fortzusetzen, und zweifellos auch die Verhältnisse im Innern eine weitere Verschärfung erfahren würden. Die Aktion läme also praktisch einer neuen Verschleppung der Reparationsregelung gleich.

Die Reichsregierung gegen die ungeheuerlichen Organisationen.

An das deutsche Volk!

In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch zahlenmäßig nicht starke Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungeheuerlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben, vielleicht sogar die Brandfahne des Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit aller Kraft entgegenzutreten. Sie wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Überganges zu der neuen wertbeständigen Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwierigster Wirtschaftsverhältnisse und eines unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegkommen wollen, dann ist Voraussetzung dafür die Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern. Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Wölfer und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträglich Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volk verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt.

Bedenkt auch, wie eine Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr wirken müßte, die in schwerstem Kampfe gegen bezahlte und bewaffnete separatistische Horden ihr Deutschland verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze Volk den Kampf mitführt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt.

Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch etwas zu erreichen, in dem Augenblick endgültig verschwunden ist, in dem anstelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgend eine ungeheuerliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eid ihre Pflicht tun.

Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschloßen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, den 5. November 1923.
Der Reichspräsident (gez.) Ebert.
Die Reichsregierung (gez.) Dr. Stresemann.

Der Reichskanzler zum Aufruf.

Berlin, 5. Nov. An der heute nachmittag im Reichstag abgehaltenen Fraktions Sitzung der Deutschen Volkspartei nahm auch der Reichskanzler teil. In seinen eingehenden Darlegungen über die politische Lage wies der Reichskanzler, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, auch besonders auf den Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung hin. In Bezug auf die von einzelnen Parteien im Anschluß daran beabsichtigten Aufrufe soll sich der Reichskanzler dagegen erklärt haben, daß freiwillige Hilfskräfte zum Schutze der Republik aufgerufen werden, da die Reichsregierung sich auf die Reichswehr vollkommen verlassen könne und diese allein Herr etwaiger Unruhen werden würde. — Die Fraktion beschäftigte sich ferner mit der Währungsfrage und schloß einen kleinen Ausschuß, der sofort nach der Fraktions Sitzung zusammentrat, ein, um über diese Angelegenheit zu beraten.

Zur Lage an der thüringisch-bayerischen Grenze.

Berlin, 5. Nov. Wie die Blätter erfahren, zur die Lage an der bayerisch-thüringischen Grenze zur Beunruhigung keinerlei Anlaß. Man könne sich darauf verlassen, daß etwaigen Verletzungen bewaffneter Verbände, die Grenze zu überschreiten, mit ausreichenden Abteilungen der Reichswehr entgegenzutreten würde. Die an der bayerisch-thüringischen Grenze angesammelten irregulären Verbände wüßten jedenfalls genau, daß sie auf stark überlegene Reichswehr stoßen würden. Es sei darum nicht zu erwarten, daß sie Vorstöße vornehmen werden. Im übrigen sei auch die bayerische Landespolizei offenbar dahin instruiert, daß sie sich mit den genannten Verbänden möglichst wenig einlassen soll und Grenzübertreitte zu verhindern imstande.

Der Stahlhelmbund an den Reichskanzler.

Berlin, 5. Nov. Der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlhelmbundes der Frontsoldaten fordert namens von Millionen ehemalsiger Soldaten den Reichskanzler in einem Telegramm auf, umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlament, Parteien und Interessentenverbände behindert sei. Alles dränge zum Handeln. Millionen hungrigen, Laubende schlemmten, während Lumpenteile des deutschen Volkes abtriffen. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur vermöge Deutschland zu retten. Der Reichskanzler soll in diesem Sinne von dem in seiner Hand befindlichen Machtmitteln Gebrauch machen und sofort handeln, damit nicht andere handeln.

Besprechungen von Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie beim Reichspräsidenten.

Berlin, 5. Nov. Wie die Blätter melden, haben sich der Fraktionsvorsitzende der Demokratischen Partei, der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei heute mittag zum Reichspräsidenten begeben. Auch das Reichskabinett ist heute mittag zu einer Besprechung über die politische Lage zusammengetreten.

Die hessische Sozialdemokraten zur Lage.

Frankfurt a. M., 5. Nov. Der hier tagende sozialdemokratische Landesparteitag für Hessen nahm nach Referaten des Reichstagsabgeordneten Dr. David und Beckmann eine Resolution an, in der schärfster Protest gegen das Vorgehen der Reichsregierung in Sachsen erhoben und ein Einschreiten mit allen Mitteln gegen Bayern gefordert wird. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Ermächtigungsgesetz wurde entschieden verurteilt. Die hessische Regierung soll ersucht werden, bei der Reichsregierung wegen der sogenannten Bedarfswirtschaft vorstellig zu werden. Dagegen fand ein Antrag, den Reichspräsidenten Ebert aus der Partei auszuschließen, nicht die genügende Unterstützung.

Lotenfeier in München.

München, 5. Nov. Aus Anlaß der Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal vor dem Armeemuseum veranstal-

tete gestern der Bezirk München des Bayerischen Kriegerbundes eine große Trauerfeierlichkeit für die 13 000 im Weltkrieg gefallenen Söhne Münchens. Als Ehrengäste waren u. a. der ehemalige Kronprinz Rupprecht, Ministerpräsident Dr. v. Knilling, Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr und General von Lossow erschienen. Die Reichswehr hatte zwei Ehrenkompanien gestellt. Auf dem weiten Platz vor dem Reiterdenkmal Ottos von Wittelsbach hatte eine Ehrenkompanie der Reichswehr mit den alten Kriegsfahnen Aufstellung genommen, ebenso die Vaterländischen Verbände u. die Hittlerischen Kampfverbände mit ihren Halbkreuzfahnen. Nach der Gedendrede des ersten Präsidenten des Bayer. Veteranen- und Kriegerverbands, Generals von Reuter, trat der ehemalige Kronprinz Rupprecht an den Grundstein und vollführte die ersten Hammerschläge. An der Seite des Generals von Lossow nahm er dann den Vorbeimarsch der Fahnenkompanie des Kriegervereins, der Vaterländischen Verbände und der Kampfverbände ab. Bei der Abfahrt wurden dem Kronprinzen Rupprecht braufende Ovationen dargebracht. Die Kampfverbände formierten sich noch zum Vorbeimarsch vor Hitler in der Maximilianstraße vor dem Regierungsgebäude. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Verbot der linksstehenden Zeitungen in Bayern.

München, 5. Nov. Durch eine Verordnung vom 3. November hat der bayerische Generalstaatskommissar verfügt, daß der „Berliner Börsenkurier“, das „Berliner Tageblatt“, die „Berliner Zeitung am Mittag“, die „Frankfurter Zeitung“, der „Vorwärts“, die „Rostocker Zeitung“ im rechtsrheinischen Bayern und in solchen Orten, die dem Publikum zugänglich sind, weder beibehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angehängen oder sonst verbreitet, noch zum Zwecke der Verbreitung vorrätig gehalten, angekündigt oder angepriesen werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis, bezw. Geldstrafe geahndet. Der Generalstaatskommissar behält sich vor, das Verzeichnis der obengenannten Blätter zu erweitern. — Wie die „Bayerische Staatszeitung“ zu dieser Maßnahme berichtet, ist die Anordnung des Generalstaatskommissars veranlaßt durch die Art und Weise, wie in gewissen norddeutschen Blättern gegen Bayern Stimmung gemacht wird und wie man die ungläublichsten Lügengeschichten erfundet und an der Person des Staatskommissars über alles Maß hinaus Kritik übt. Die Hege gegen Bayern habe in letzter Zeit Formen angenommen, die zu öffentlichem Vergernis Anlaß zu geben geeignet sind und die allgemeine Ruhe und Ordnung gefährde.

Französische Drohungen wegen der militärischen Verbände in Bayern.

Paris, 5. Nov. Der „Temps“ erklärt bei Besprechung der innerpolitischen Lage in Deutschland, das nächste Mal, wenn die Völkerverkonferenz der deutschen Regierung ihre Warnungen zugehen lasse, damit sie endlich der internationalen Militärkontrollkommission Respekt verschaffe — und diese Gelegenheit scheine nahe bevorzustehen — könnten die Regierungen Herrn Stresemann daran erinnern, daß er in Bayern ein Regime habe groß werden lassen, das jede Kontrolle ausschließe, selbst wenn das Reich sich dazu bereit gefunden habe. Die Mächte könnten hinzufügen, daß sie, ohne in innerpolitische Angelegenheiten einzugreifen, sich vorbehielten, aus dieser Verletzung der Vertragsbestimmungen und der Sicherheit der Nachbarstaaten alle nötigen Konsequenzen zu ziehen. Außerdem schlägt der „Temps“ vor, daß die französische Regierung in Berlin zu verstehen gebe, daß jede Abänderung der innerpolitischen Zustände in Deutschland, wenn sie Frankreich größere Ausgaben für seinen Schutz aufzwängen, schon dadurch ein Hindernis für jedes Moratorium darstelle, und daß Deutschland, wenn es Frankreich zwingen, mehr auszugeben, seinerseits gezwungen werden solle, mehr zu bezahlen.

Vor der Entscheidung über den Sachverständigen-Ausschuß.

Der französische Standpunkt in Washington mitgeteilt.

Paris, 6. Nov. Einer Havasmeldung aus Washington zufolge machte der französische Botschafter gestern vormittag dem Staatssekretär Hughes die angekündigte Mitteilung über den Standpunkt der französischen Regierung in der Frage des Sachverständigenausschusses.

Heute kosten
2-3, Most- und
en 2-3, Tomaten
0,6-0,8, Zwiebeln
1,6-2,4 (bis 3)
Kohlkohl 1-2,6,
0,3-1 das Stück,
stbonig 30, Erbsen
3fund, Dosenmilch
55-56, Schweine-
65, Kokosfett 35,
Edamer 18, Til-
en die 100 Gramm,
schen; Eier 3-4
ber verdoppelt bis
den, Erelachs 20,
ücherte Bücklinge
Zufuhr
den pro Stück.
Am Freitag
it wenig greif-
onen.
an den Hefen und
schaflichen Besten
u u, Gahr,
ost. Calw.
latl“
werden.
gen
en
r die
kerrei.
onale altes
der verkauft
e, Althengstet
on keiner
n-Gruppe
n ist, der
ger Blatt.
er durch
der Jorge
es hält,
rund von
erschienen
er Blatt.
er schreibe
gerade die
dem Kauf
ebot oder
hat, der
Aufträge
bedarf an
Mittel-
n, Brief-
die Not-
ngt uns,
nen Aus-
daß die
ft.
ster
er
Brücke

Ein Sonderabkommen Englands, Italiens und Belgiens?

London, 6. Nov. Neuter berichtet aus Washington: Die beim Staatsdepartement eingegangenen Mitteilungen besagen, daß Großbritannien, Italien und Belgien ein übereinkommen zugunsten einer freien, vollen Unterjochung der Reparationsfrage durch den Sachverständigenausschuß erzielt haben.

Wiederbeteiligung Deutschlands an der Tätigkeit des Ausgleichs unter n. gemischten Schiedsgerichte.

Berlin, 6. Nov. Die Verhandlungen der deutschen Delegation unter Führung des Ministerialdirektors vom Reichsministerium für Wiederaufbau, Dr. Lothholz, und des Gesandten Dr. Göppert vom Auswärtigen Amt über die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Ruhreintrittes abgetrennten Beziehungen des Reichsausgleichsamts mit den französischen und belgischen Ausgleichsamtern und über eine erneute deutsche Beteiligung bei den deutsch-französischen und deutsch-belgischen gemischten Schiedsgerichten sind am 3. Nov. in London zum Abschluß gekommen. Sie haben zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt, das die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den deutschen und französischen Ausgleichsamtern sicher stellt. Ebenso wird sich Deutschland wieder an den Verhandlungen vor dem deutsch-französischen und dem deutsch-belgischen gemischten Schiedsgericht beteiligen. — Die Verhandlungen sind unter englischem Vorsitz, frei von politischen Erwägungen, geführt worden.

Der Gelddraub geht fort.

Berlin, 5. Nov. Auf der Reichsbank in Düsseldorf wurden am 31. Oktober von der französischen Besatzungsbehörde 700 Billionen Mark fortgenommen. Am gleichen Tage wurde durch die französische Zollbehörde in Revoires ein von Elberfeld nach Belbert gehender Geldtransport mit 540 Billionen Reichsbanknoten und 17 010 Mark Goldanleihe geraubt.

Landeshongreß der französischen Liga für Menschenrechte.

Ein Reparationsplan der deutschen Liga.

Paris, 3. Nov. (W.B.) Der Landeshongreß der französischen Liga für Menschenrechte hielt heute seine dritte und letzte Sitzung ab. Die deutsche Delegation, bestehend aus Professor Kuczynski von der Berliner Universität, dem Vorsitzenden der deutschen Liga von Lehmann-Kustel und dem Senatspräsidenten des Berliner Kammergerichts Freymuth, ist heute früh angekommen und beteiligte sich an den Verhandlungen. Im Laufe der Tagung führte Professor Kuczynski seinen Plan einer praktischen Lösung der Reparationsfrage aus. Hiernach hätte der deutsche Staat in einem möglichst baldigen Zeitpunkt die Hälfte des deutschen Privatvermögens für Eigentum des Reiches zu erklären. Die deutschen Aktiengesellschaften hätten für jede gewöhnliche und jede Vorzugsaktie dem Staat kostenlos eine neue Aktie auszuliefern. Die Hälfte sämtlichen deutschen Grundbesitzes wäre mit einer öffentlichen Hypothek ersten Ranges zu belasten. Nehmlich solle mit allem übrigen deutschen Privatvermögen verfahren werden. Die Hälfte des dem Staat zur Verfügung gestellten Grundbesitzes hätte Deutschland den Alliierten auf Reparationskonto abzutreten. Für die der Entente nicht erwünschten Teile dieses Besitzes, Banknoten, Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Industrieobligationen usw., wären Sachlieferungen und Barzahlungen zu leisten, die ermöglicht würden durch die Herabsetzung der Rentenverpflichtungen und die Erhöhung der Einnahmen des deutschen Staates. Kuczynski schätzte den Wert der den Alliierten zu übergebenden Aktien nach dem gegenwärtigen Kurs auf 5—6 Milliarden Goldmark, die den Reparationsgläubigern zur Verfügung zu stellenden Hypotheken an Grundbesitz auf etwa 20 Milliarden Goldmark. Der Redner wies darauf hin, daß der vorstehende Plan bereits im November 1922 von einem kleinen Ausschuß von Finanzsachverständigen der französischen und deutschen Liga angenommen worden sei. Allerdings finde der Zentralausschuß der deutschen Liga die Abgabe der Hälfte alles Privatvermögens zu hoch. Der ganze Plan würde selbst bei schärfster fiskalischer Erfassung hinfällig werden, wenn Deutschland keinen Abzug für seine Waren auf dem Weltmarkt fände. Im Vordergrund der Kuczynskischen Ausführungen stand die Ueberzeugung, daß eine gerechte Lösung der Reparationsfrage niemals mit Gewalt zu erreichen sei. In der Diskussion erklärte der (französische) Sozialist Grumbach, der eine Enquete im Rheinland veranfaßt hatte, daß die separatistische Bewegung keinen nationalen Charakter habe, sondern einen Ausbruch der Verzweiflung darstelle. Die Diskussion, die stellenweise einen leidenschaftlichen Charakter annahm, ist noch nicht beendet.

Deutsche Protestnote wegen der Unterjochung der Sonderbündler durch die Franzosen.

Berlin, 5. Nov. Nachdem die Reichsregierung wiederholt sowohl bei der französischen Regierung, wie bei dem hiesigen französischen Botschafter wegen der Begünstigung der separatistischen Putzsch im Rheinland durch die französischen Besatzungstruppen nachdrücklich vorstellig geworden ist, wurde der deutsche Geschäftsträger in Paris angewiesen, eine Protestnote zu überreichen, in der auf Grund authentischen Materials eine umfassende Darstellung des Zusammenwirkens zwischen den Führern und den französischen Besatzungsstellen gegeben wird. Die deutsche Regierung bringt in der Note die Erwartung zum Ausdruck, daß den französischen Truppen alsbald der Befehl erteilt wird, ihre rechtmäßigen und vertragmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere den aufrührerischen Elementen die Waffen wieder abzunehmen und die deutsche Polizei künftig nicht mehr in der Ausübung ihrer rechtmäßigen Befugnisse, namentlich im Gebrauch der ihr zustehenden Waffen zu behindern. — Eine Abschrift dieser Note wird auch in London und Brüssel überreicht.

Die offene Unterjochung der Sonderbündler durch die Franzosen.

Berlin, 5. Nov. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat die französische Regie früher eine große Anzahl Landarbeiter eingestellt. Diese werden jetzt, soweit deutsche Beamte wieder eingestellt werden, an die Selbstschutzorganisationen der Sonderbündler sozusagen abkommandiert.

Kaiserslautern, 5. Nov. Soeben haben die Separatisten das Rathaus besetzt. Ein Lastkraftwagen mit ungefähr 30 Mann, sämtlich bis an die Zähne bewaffnet, fuhr vor dem Rathaus vor, das auf Anordnung der Besatzungsbehörde vormittags von den Polizisten geräumt werden mußte. Nach einigen Minuten kamen zwei weitere Autos mit Separatisten, die ebenfalls schwer bewaffnet waren. Die Tür zum Rathaus war verschlossen und wurde mit Gewehrkolben eingeschlagen. Nach der Besetzung des Rathauses folgte den Separatisten französische Gendarmen auf dem Fuße, die die Leute mit Gummiknüppeln auseinandertreiben. Ferner wurde im Laufe des Vormittags das Landgerichtsgebäude besetzt. Auf dem Balkon des Gebäudes war Dornen und hielt eine Proklamationsrede. Die Separatisten stimmten nach Schluß der Rede in ein dreimaliges Hoch für das freie Rheinland und die freie Pfalz ein, das unter der angeammelten Menge lebhaftes Pfirz hervorrief. Man erwartet stündlich die Besetzung des Postamts und der übrigen öffentlichen Gebäude.

Ausland.

Die Massenarbeitslosen von Reichsdeutschen aus Polen.

Berlin, 3. November. (Wolff.) Der polnische Außenminister Seyda erteilte auf eine Interpellation der Abgeordneten der Nationalen Partei wegen der Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland eine Antwort in der er die bekannnten Massenarbeitslosen von Reichsdeutschen aus Polen als Vergeltungsmaßnahmen gegen Ausweisungen polnischer Arbeiter aus Deutschland hinstellt. — Demgegenüber ist folgendes zu bemerken: Die Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland, die übrigens zum großen Teil, aber nicht ausschließlich Arbeiter betrafen, waren durchweg sachlich begründet, in vielen Fällen durch schwere strafrechtliche Delikte der Ausgewiesenen. Die polnischen Gegenarbeitslosen betrafen durchweg unbescholtene Reichsdeutsche, außerdem war der polnischen Regierung amtlich mitgeteilt worden, daß die deutschen Ausweisungen in etwa 70 Fällen überhaupt nicht vollstreckt worden seien, und daß die deutsche Regierung zur Zurücknahme weiterer Ausweisungen unter der Voraussetzung entsprechender Entgegenkommens der polnischen Regierung bereit sei. Die polnische Regierung hat die Verhandlungen hierüber durch ihre Haltung zum Scheitern gebracht, sodaß die groteske Situation entstand, daß die polnischen Behörden Repressalien für Ausweisungen aus Deutschland vollstreckten, die, wie ihr amtlich zur Kenntnis gebracht worden war, überhaupt nicht vollzogen worden seien.

Schon aus diesem in der deutschen Presse wiederholt klargelegten Sachverhalt geht hervor, daß die polnische Regierung die Massenarbeitslosen von Reichsdeutschen nicht lediglich im Interesse der polnischen Arbeiter in Deutschland vornahm, sondern daß diese Massenarbeitslosen dem Zweck der Entbeulung der ehemals preußischen Gebiete dienen. Der polnische Außenminister hat nun aber in seiner Beantwortung der beiseitenden Interpellation selbst den weiteren Beweis für diese Auffassung geliefert, indem er den Abschluß eines Abkommens mit Deutschland zur Regelung der Ausweisungsfrage als ausschließlich im deutschen Interesse liegend abgelehnt hat. Wäre es der polnischen Regierung wirklich um den Schutz der noch zu zehntausenden in Deutschland befindlichen polnischen Arbeiter gegen Ausweisung zu tun, so könnte sie dieses Ziel nicht besser erreichen als durch den Abschluß eines entsprechenden Abkommens mit Deutschland, das, wie dies beispielsweise in dem deutsch-tschechoslowakischen Abkommen geschehen ist, die Ausweisungsgründe genau festlegen und begrenzen würde. Die Ablehnung einer derartigen Regelung durch die polnische Regierung wirkt wie eine Bestätigung der Annahme, daß es ihr nur darum zu tun ist, freie Hand für ihre Entbeulungspolitik zu behalten.

Gefallenendenkfeier der deutschen Botschaft in Paris.

Paris, 3. Nov. Auf dem Pariser Friedhof in Bagnoux fand gestern an den Gräbern der dort beigesetzten deutschen Soldaten eine Gedenkfeier statt, an der die Mitglieder und Beamten der deutschen Botschaft und der ihr angeschlossenen Hilfsstellen, sowie eine Anzahl deutscher Privatpersonen teilgenommen haben. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Hösch, legte einen Kranz nieder und widmete den Gefallenen im Namen des deutschen Volkes Worte herzlicher Dankbarkeit. Im Namen der deutschen Mütter legte Botschaftsrat Förster einen Kranz nieder.

Das amerikanische Hilfswerk.

Newport, 2. Nov. (Durch Funkpruch.) Wie aus Washington berichtet wird, überreichte Hoover dem Generalmajor Allen ein Schreiben, worin die Notwendigkeit des Hilfswerkes für Deutschland erläutert und der Vorschlag der amerikanischen Gesellschaft der Freunde, das Werk zu übernehmen, gutgeheißen wird. Das Schreiben betont, daß in erster Reihe die Kinder zwischen den Mühlensteinen der internationalen Streitigkeiten zerrieben werden. Wer auch im Wesentlichen die Schuld an diesen Zuständen tragen möge, auf keinen Fall seien es die hungernden Menschen. Wahre Barmherzigkeit bestehe darin, Hilfe zu leisten, ohne zu fragen.

Deutschland.

Maßnahmen zur Sicherung der Papiermark.

Berlin, 6. Nov. Zur Vorbereitung der Festsetzung eines gesicherten Umrechnungssatzes für die Papiermark in Goldmark wird der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer, der einen Preis in Goldmark oder Goldanleihe berechnet, verpflichtet ist, die Papiermark nach dem amtlichen Umrechnungssatz der Berliner Börse anzunehmen. Der Plan für die Sicherung des für den Mindestumrechnungssatz geltenden Kurses und die Einlösbarkeit der Papiermark in einen wert-

beständigen Wert liegt dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor.

Berlin, 6. Nov. Der Reichspräsident hat am 5. November auf Grund des Art. 48 der Verfassung des Deutschen Reiches folgende Verordnung erlassen: § 1. Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurs der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnungen verweigert werden, sofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt. § 2. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Außerkräfttretens dieser Verordnung. § 3. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt die Verbreitung durch das W.B. und die Veröffentlichung durch die Presse.

Wertbeständiges Geld der Reichsbahn.

Berlin, 3. Nov. (W.B.) Auch die Reichsbahn wird durch die Herausgabe von wertbeständigen Geldscheinen, die sich auf die Goldanleihe stützen, die Bezüge des Reichsbahnpersonals zum Teil und in nach und nach steigendem Verhältnis wertbeständig gestalten. Damit die hierfür erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel bei den Kassen der Reichsbahn verfügbar sind, wird der Reichsverkehrsminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium demnächst wertbeständige Anteilscheine über 0,42 \mathcal{M} Gold gleich ein Zehntel Dollar, über 1,05 \mathcal{M} Gold gleich ein Viertel Dollar, sowie über 2,10 \mathcal{M} Gold gleich einen halben Dollar herausgeben, die vorläufig als Zahlungsmittel dienen sollen und später in Schahanweisungen des Reiches umzutauschen sind. Diese Anteilscheine sollen vorläufig lediglich zu Gehalts- und Lohnzahlungen verwendet werden.

Lehrerstreik in Berlin.

Berlin, 5. Nov. An verschiedenen Stellen Berlins hat sich heute vormittag die Erregung der Bevölkerung über die enorme Brotpreiserhöhung in Kravallen Luft gemacht. Zu Plünderungen von Bäckereien kam es fast in allen Stadtbezirken. Besonders ernste Ausschreitungen ereigneten sich um die Mittagszeit im ehemaligen Scheunenviertel, wo jugendliche Erwerbslose zunächst vor dem Arbeitsnachweis demonstrierten und dann systematisch angingen, die in der Münz- und Grenadierstraße befindlichen jüdischen Geschäfte zu plündern. Auch wurden jüdische Straßenpassanten von der Menge angegriffen und angegraut. Anlaß zu diesen Ausschreitungen haben Straßenhändler gegeben, welche die Arbeitslosen um Hergabe von Goldanleihe zu fahchem amtlichem Kurs angehen. Die alarmierte Schutzpolizei zerstreute die Ansammlungen und nahm mehrere Verhaftungen vor. Dann wurde die Grenadierstraße abgeriegelt und die Häuser wurden nach verdächtigen Personen durchsucht. Auch vor der Börse fanden im Laufe des Vormittags Ansammlungen statt, die indessen von der Polizei bald zerstreut werden konnten. Auch dort wurden mehrere Personen festgenommen. Die Eingänge zur Börse erhielten eine verstärkte Bewachung.

Berlin, 5. Nov. Infolge der ungeheuren Brotpreiserhöhung kam es heute im Laufe des Tages wieder zu zahlreichen Zusammenrottungen und Plünderungen, vor allem von Bäckereien, Schlächtereien und anderen Lebensmittelgeschäften. Auch mehrere Tabakgeschäfte wurden ausgeraubt. In der Gegend des sogenannten Scheunenviertels wurde am Sonntag Jagd auf Devissenschieber und Aufkäufer von Schahanweisungen gemacht. Der Tumult war zeitweise so groß, daß die Straßenzüge von mit Karabinern bewaffneten Schutzpolizisten abgeperrt werden mußten. Ein Mann, der Dollarschahanweisungen für wenig Geld aufzukaufen versuchte, wurde von der Menge mißhandelt. Als er auf einen Straßenbahnwagen flüchten wollte, wies ihn der Schaffner vom Wagen herunter, da er eine Zerstückung des Wagens befürchtete. Ein Demonstrationszug von etwa 3000 Erwerbslosen, der vor dem Lichtenberger Rathaus demonstrieren wollte, wurde von Schutzpolizei zerstreut. Die Unruhen und Zusammenrottungen dauern noch an.

Berlin, 5. Nov. Im Osten Berlins haben wiederum zahlreiche Ansammlungen und Ausschreitungen stattgefunden. Truppen von Männern und Frauen entwendeten aus einigen Bäckereien Backwaren und plünderten einen Brotwagen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Einige Morgenblätter haben berichtet, daß mit Zustimmung der Preisprüfungsstelle der Brotpreis in Berlin auf 140 Milliarden festgesetzt würde. Wie wir aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfahren, hält dieses eine derartige Erhöhung der Brotpreise nach Lage der Verhältnisse nicht für berechtigt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat, als es von diesem Beschluß Kenntnis erhalten hatte, sofort für heute vormittag eine Beratung der beteiligten Stellen unter Zuziehung der Preisprüfungsstelle und des Landeswucheramtes angeordnet, um mit allen Mitteln gegen jede unbedachte Erhöhung des Brotpreises vorzugehen.

Berlin, 5. Nov. Die Reichsregierung und die preußische Regierung haben Maßnahmen in die Wege geleitet, um jedeg ungerechtfertigte und übertriebene Brotverteuerung zu unterbinden. Die Mehlorräte, die sich in den Speichern der Mehlhändler in Berlin befinden, werden noch heute beschlagnahmt und das Mehl wird sofort von den zuständigen Regierungsstellen zu ordnungsmäßigen Preisen den Bäckern zugeführt werden. Gleichzeitig werden die Verhältnisse auf dem Mehl- und Brotmarkt behördlich aufsorgfältigste nachgeprüft und etwaige Wucherergehen sofort unnachlässig geahndet.

Zeigner Landgerichtsdirektor.

Dresden, 3. Nov. (Wolff.) Wie wir hören, wurde der frühere Ministerpräsident Zeigner zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Dresden ernannt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. November 1923.

Herbsttag.

(Früher Morgen.)

Schwer bricht der Pflug durch nasse Ackererde, Krumm stapft der alte Knecht und fluchend hinterdrein, vom Ader nebenan hebt fröstelnd sich die Herde, der nasse Wald liegt kalt und tot wie Stein.

Nur das Gedamp der feuchten Pferdeweichen in kühlere, unbewegter Morgenluft.

Doch spür' ich unter ihres Pfluges Speichen schon junger Saaten starken, frischen Duft.

Ludwig Bäte.

Vom Rathaus.

Am Donnerstag fand unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner eine Gemeinderatsitzung statt, bei der auch die Schulhausbaukommission anwesend war. Es handelte sich zunächst um Schulhausbauangelegenheiten. Der Neubau der Schule ist nun soweit vorgeschritten, daß die Vergabe der Zimmerarbeiten ausgeführt werden konnte. Zur Abgabe von Offerten wurden die hiesigen Zimmermeister aufgefordert, außerdem beteiligte sich daran die am Schulhaus tätige Baufirma Mangold in Reutlingen. Die Materialpreise waren in Goldmark ausgedrückt, die Löhne in Papiermark. Für Materialien wurden 3253 Goldmark gefordert, die Löhne gehen in die Billionen. Die Arbeit wurde an die hiesigen Zimmermeister Kirchherr, Frey und Broß vergeben, welche sich zu der Forderung Frey und Broß verständigt haben. Akkordnehmer ist Zimmermeister Kirchherr. Die Zimmerarbeit soll bis 1. Dez. aufgestellt sein, damit des Dach am 3. Dez. aufgeschlagen werden kann. Aus der Mitte des Kollegiums wurde der Wunsch ausgesprochen, es solle die Arbeit am Schulhaus so beschleunigt werden, daß das Gebäude noch in diesem Jahr gedeckt werde, damit das Gebäude durch die Witterung im Winter nicht verleiße. Mit dem Tuffsteinwerk Gönningen wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen. Es ist zu hoffen, daß die Lieferung der Tuffsteine nun ohne Anstand vollends sich vollzieht. — Der Gemeinderat verhandelte dann in längerer Beratung über die Kartoffelversorgung. Der Vorsitzende gab eingehende Mitteilungen über seine persönlichen Bemühungen in Waldsee um die Beschaffung von Kartoffeln. Es ist eine wahre Leidengeschichte, die in diesem Herbst die Kartoffelversorgung hervorgerufen hat. Im Bezirk Waldsee ist kein Mangel an Kartoffeln, aber die Produzenten geben ohne Bezahlung in Goldmark oder Schweizer Franken nichts ab. Durch die größten Anstrengungen gelang es dem Vorsitzenden, den Bezug von etwa 10 Wagen Kartoffeln ziemlich sicher zu stellen. Die Finanzierung durch die Stadt gestaltet sich äußerst schwierig und wird sich bei den steigenden Goldmarkkursen noch schlimmer gestalten, denn es wird den allermeisten Bewohnern der Stadt unmöglich werden, die Preise für Kartoffeln bezahlen zu können. Eingelassen sind bis jetzt 4 Wagen. Versorgt wurden die Rentner und Armen, die Strickwarenfabrik Chr. L. Wagner, die verheirateten Erwerbslosen und die städt. Arbeiter. Der 5. und 6. Wagen ist für den Konsumverein, der 7. für die Allgemeinheit, der 8. für den Gewerbeverein, der 9. für den Beamtenbund und der 10. für den Konsumverein bestimmt. Zahlungserleichterungen sind in weitgehendem Maße vorgesehen. Ob bei dem heutigen Stand der Goldmark die Kartoffeln abgenommen werden können, ist sehr fraglich. Das Wichtigste ist allerdings, daß genü-

gend Kartoffeln überhaupt zugeführt werden. Eine ganz bestimmte Zusicherung in der Lieferung wurde nicht gegeben, da es ganz darauf ankomme, ob die Bauern ihre Kartoffeln herausgeben. — Die Stadt hat mit der Amtskörperschaft wegen der Straßenherstellung vor dem Isoliergebäude und wegen der Abrechnung über die Herstellung des Röhrennetzes eine Vereinbarung getroffen, der vom Gemeinderat zugestimmt wird. Die Straße vor dem Isolierkrankenhaus ist 4,5 Meter breit, der gegen die Stadt hin sich anschließende Gehweg 1,5 Meter, die eigentliche Kapellenbergstraße nur 3 Meter. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß die Ausweiche bei dem Braun'schen Haus im Kapellenberg zu breit geworden sei; es werde möglich sein, einen Teil dieses Platzes zu Gärten zu verwenden. — Nachdem Stadtbaumeister Herbholzheimer in Amerika gelandet ist und derselbe Beschäftigung gefunden hat, steht der Neubesezung der Stadtbaumeisterstelle nichts mehr im Wege. Ohne Abstimmung wird gewählt der seitherige Stellvertreter Bauwerkmeister Schöttle. Die Stelle wurde in Gruppe 9 der Befoldungsordnung eingewiesen. — Die Beratungskommission für das Baugewerbe hat ein Gutachten mit Abbitlungen über den Umbau der Nikolauskapelle abgegeben. Der Gemeinderat ist mit der vorgeschlagenen Lösung der Frage insbesondere mit dem geplanten Aufbau nicht einverstanden und stellt die ganze Sache bei der gegenwärtigen schweren Notlage der Bevölkerung und bei den jetzigen unerschwinglichen Kosten auf später zurück. — Der Gemeinderat nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Krankenschwester Sophie nach 14jähriger Tätigkeit unsere Stadt verläßt. Ihrer gegenständlichen Arbeit wird allseits Dank und Anerkennung gezollt. — Das Jugendamt macht in einer Zuschrift Mitteilung über die Schulkinder speisung. In der Zeit von Mai bis August wurden täglich 200 Schüler gespeist; abgegeben wurden 11 000 Portionen. Eine Speisung in diesem Winter ist wieder möglich geworden durch die erneute Hilfe der Deutsch-Amerikaner und der in das Komitee wieder eingetretenen Quäker. Voraussetzung ist, daß die Gemeinde die Kosten für den 6. Tag übernimmt. Zugelassen können nur noch 120 Kinder werden. Die Auswahl soll nicht nur nach gesundheitlichen, sondern auch nach sozialen Gründen erfolgen. Die Mitwirkung der Lehrerkonvente ist dabei sehr erwünscht und notwendig. Es sollen Schüler der Volks- wie auch der höheren Schulen berücksichtigt werden. Die Speisung wird voraussichtlich am 27. November ihren Anfang nehmen. Die Kosten für die Stadt werden sich in Billionen belaufen. — Ein Erlass des Ernährungsministeriums schlägt die Einrichtung öffentlicher Speiseanstalten vor. Die Gemeinden sollen mit möglicher Beschleunigung derartige Einrichtungen zur Bereitung von genutzfähigen Speisen treffen. Der Vorsitzende hält die Schaffung besonderer Einrichtungen zunächst nicht für notwendig, da ja bereits eine Mittelstandsküche eingerichtet sei; es sei besser und zweckmäßiger, wenn die Nahrungsmittel direkt an die Bedürftigen abgegeben werden, damit diese sich selbst nach ihrem Geschmack kochen können. Der Gemeinderat stimmt zu und bewilligt auch die Abgabe von Brot an den Armenfrauenklub zur Verteilung an Arme. — Die Pachtzins für städtische Grundstücke werden neu festgesetzt. Es wird hierbei als Grundlage der Weizenpreis angenommen. Der Pachtzins für 1 Morgen Acker oder Wiese beträgt 1 Zentner Weizen; für geringere Böden wird ein kleinerer Betrag festgesetzt. Der Weizenpachtzins wird in Geld umgerechnet. Das Pachtgeld für den Calwer Hof soll im nächsten Jahr ebenfalls

neu geregelt werden. — Die Gebühren für die städt. Waage werden um das 30fache der seitherigen Gebühren erhöht; Lastkraftwagen bezahlen die doppelte Gebühr. — Ueber die Einteilung der Stadt Calw in Ortsklasse C entspann sich eine längere Debatte. Es kam hierbei zum Ausdruck, daß die Ortsklasseneinteilung ganz ungerecht wirke, da die wichtigsten Lebensmittel wie Fleisch und Brot in Calw so teuer seien wie z. B. in Stuttgart; nur Milch und die Hausgebühren seien bei uns etwas niedriger. Es wurde gewünscht, daß der Beamtenbund im Verein mit der Stadt energische Schritte tue, um eine Änderung in der Ortsklasseneinteilung herbeizuführen.

Die vorübergehende Ermäßigung der Zeitkartenpreise.

Die vorübergehende Ermäßigung der Zeitkartenpreise um 50 Prozent wird vom 5. November ab auch auf Arbeiter- und Schülerfahrkarten ausgedehnt.

Beihilfen zur Verbilligung des Brotes.

Besonders bedürftige Haushaltungsvorstände kinderreicher Familien sollen für die 4. und weiteren Kinder (bei Witwen 3. und weiteren) Beihilfen zur Verbilligung des Brotes erhalten, unter Ausschluß der Selbstversorger. Die Oberämter haben bereits Anweisung zur vorläufigen Durchführung dieser Maßnahme für den ersten Monat erhalten. Diese für die in sehr großer Anzahl vorhandenen bedürftigen kinderreichen Familien hoch erfreuliche Nachricht wurde dem Landesverband der Kinderreichen Württembergs (Vorsitzender Dr. Bernhardt-Herbrechtingen/Brenz) vom württ. Ministerium des Innern in besonderem Schreiben mitgeteilt mit dem Anheimgeben, etwaige Wünsche und Vorschläge beim Ministerium des Innern einzubringen. Möge dem Reichsverband der Kinderreichen Deutschlands ein gleicher Erfolg auch bezügl. seiner Forderungen wegen ähnlicher Beihilfen zur Versorgung mit Milch, Kartoffeln und Hausbrand beschieden sein.

Ein raffinierter Schwindler.

(SCH.) Stuttgart, 5. Nov. Der 30 Jahre alte Rudolph Dilscher von Meß besuchte verschiedene technische Schulen und wandte sich aber dann dem Studium der Medizin zu. Später ergriff er die ihm durch einen Freund gebotene Gelegenheit, in dessen väterlicher Fabrik die technische Leitung zu übernehmen. Er spielte sich als Diplomingenieur auf und gab weiterhin vor, das Doktor-Examen in der Hochschule zu machen. Er entfernte in zwei echten Abgangszeugnissen der Technischen Hochschule einen Teil des Textes auf chemischem Wege und ersetzte, wie das „Neue Tagblatt“ berichtet, das Fehende durch einen neuen Text, worin bekundet wurde, der Inhaber des Zeugnisses habe die Diplom- und Doktorprüfung mit Erfolg bestanden. Abschriften benutzte er, um sich auf eine von der Beratungsstelle des württ. Landesgewerbeamts ausgeschriebene Ingenieurstelle zu bewerben. Die Stelle wurde anderweitig besetzt. Er fand aber eine Hilfslehrerstelle an der Ulmer Gewerbeschule und später einen Ruf an die Ministerialabteilung der Fachschulen als Gewerbebeschulreferent. (1) Schließlich kamen die Täuschungen an den Tag. Das Schwurgericht verurteilte ihn wegen Fälschung öffentlicher Urkunden zu 3 Monaten Gefängnis, die in eine Geldstrafe umgewandelt wurde.

(SCH.) Stuttgart, 5. November. Wie wir hören, wird der Landtag am Dienstag, den 13. November wieder zusammenberufen.

(SCH.) Waiblingen, 5. Nov. Nach Einbruch der Dunkelheit raste ein führerloser, mit zwei Pferden bespannter Wagen die Straße von Neustadt herunter. In der Nähe der letzten Häuser ertönten Hilferufe, worauf herbeieilende

Kreuz und quer durch alemannisches Land.

(6. Fortsetzung.)

Sie werden sehen, Sie kommen nicht hinüber ins alte Reichsland. Ja die Ruhr. Sie kommen wieder, hier es am ersten Haus, dann machen wir einen schönen Sonntagsausflug mit einander. Meine gute Wirtin, mit deren schon längst verstorben. Mann, dem Vorstand einer württ. Zentralstelle ich in der Johannesstraße in Stuttgart so viel verkehrt, meinte, ich komme sicher wieder. Sie hatte mich beide Male so gut betreut, so viel erzählt von dem schlechten jetzigen Gang der Bergbahnen, der auch ihr Schicksal nicht unbeeinflusst gelassen (Anlage ihrer Kapitalien). Einzelne der Unternehmungen sind wegen des Ausbleibens der Fremden nicht in der Lage, ihren Zinszahlungen nachzukommen. Ihr Schwiegervater war einer der Mitbegründer der „Schwäb. Kolonien“ im Heil. Land gewesen, wo die Familie auch noch Grund und Boden besitzt. Es gab so viel zu erzählen von dem Schicksal der Templer, der Verwandten, die auch mir zum Teil bekannt sind. — Nichts von alledem traf zu. In St. Ludwig ließ man mich anstandslos ins frühere Reichsland. Durchsuchung geschah nur flüchtig. Zurückgerufen wurde ich vom Posten, dann meine linke Tasche einer gründlichen Visitation unterzogen. Die Wundsalbe, deren Dedel den Namen eines Apothekers Eidenbenz in Zürich — Altwürttembergers — trug, wurde gründlich heroschen und untersucht, mir aber schließlich doch gelassen. Auf der Fahrt vom Münster bis zur Sperre hatte ich alle meine Eindrücke nochmals „Neue passieren“ lassen: „Du glückliches herrliches Land, du Insel des Friedens, mit deinen prächtigen biedereren Bewohnern, seit Jahrhunderten in der Lage, deine Einrichtungen so zu gestalten, wie es dir paßt, umbraust und verlohnt im Branden des Weltkriegs, du Freistätte der Flüchtlinge aller Art, bei dir ist alles in schönster Ordnung und Harmonie, deine Städte zeigen das Bild musterhafter Instandhaltung und des Glanzes, nichts ist verlottert. Trotz der Grenzpfähle

bist du deinem Volkstum treu geblieben, hauptsächlich in dem kernhaft deutschen Teil. Keiner deiner Stämme will den anderen auffaugen. Friedlich leben alle drei Rassen neben einander. Warum kann das anderwärts nicht auch so sein? — Das Schicksal wollte es, daß ich ein Stück Straße abschneiden wollte, und über einen andern elstischen Ort kam. Im letzten einzeln stehenden Hause fragte ich nach einem Trunk Wasser für mein schattiges Ruheplätzchen. Verlegene Frage ob ich „Ditscher“ sei und nach dem Paß. Kaum hatte man denselben angesehen, als ein freudiger Ausruf erscholl. Mein Bruder war, wie sich herausstellte, in demselben Hause 4 Wochen einquartiert gewesen. Die Nächte, die vor lauter Erzählen fast das Hochamt verläumte, meinte: „Am besten wären wir dran, wenn wir neutral würden.“ Auf diesen Ton ist das ganze Gespräch bestimmt von der trauwede de Belfort (Bessertter Loch), vom Südbau vor den Toren Basels durch das ganze Ländle hindurch. Man gab mir dort den freundschaftlichen Rat, ich solle weiter landeinwärts nicht merken lassen, daß ich Deutscher sei. Ich habe ihn nicht befolgt, d. h. nicht verleugnet. Ich suchte, wo ich nicht traute, zuerst französisch mich verständlich zu machen, probierte dann aber den Landesdialekt. Wenn ich so nicht zurecht kam, meinen eigenen. Von Deutscheindlichkeit habe ich nur an einem Ort (Mülhausen) eine Spur gefunden. Wenn man merkte, daß ich Altdeutscher war, was stets bald erfolgte, war man erst recht freundlich, zog erst recht los und öffnete die Schleusen des Spottes. „Mer han en güata Stiafpooter gha, das ich der Prüß est, jekt han mer a baiese Stiafmüatter, das ich's Fronrich.“ „Mer san vom Raie en d Troise komme.“ „Miar kennte bliwa, wo mer wetta, wann se nomme s laar Landle hetta.“ „s ich glich, wos nüs geht, ob zum Bessertter Loch oder üwe Wissaburg.“ Treffend ist der Witz eines Adjoint de maire Bürgermeister-Stellvertreter) übrigens eines guten Patrioten: „Wo de Ditsche ens Land kemma san, han se wenigstens em leere Nastischli s Handwerkszög drenne gha, bi di Franzose ich gar niz

drenne est, oder höchstens s laar Parfumsfläsch.“ Wenn in Kolmar einer hinter dem Ofen gewesen ist, so sagt er: „s ich Zit, jekt muß ich franzesich were.“ Weiskender Spott ergießt sich auch über die neu erzwingener Weise ins Leben getretenen französischen Gesangsvereine, die kläglich Fiasco machen. — Als ich gelegentlich in vertrauter Zwiesprache äußerte: Hat man Euch denn nicht etwas ähnliches zugestehen wollen, was Ihr in bescheidenen Anfängen schon hattet, einen gewissen Regionalismus, eine Art Selbstverwaltung: „I wo, wir sind doch das blutende Glied, das vom Leib Frankreichs getrennt worden ist, da konnte man doch kein „Holzstück dazwischen inna schendia“. Die Vorliebe für die französischen Vornamen entsprang auch zu deutscher Zeit nur altem Herkommen. Eine Opposition bedeutete das nicht. Der Dialekt ist seit alten Zeiten mit französischen Redensarten untermischt, ebenso werden die meisten Vornamen in dieser Sprache ausgesprochen. Gelegentlich verulkt sich der Elsässer selbst darüber, so der Herr, der seinen Regenschirm in Kehl stehen ließ und auf die Frage nach dem Verbleib seines Schirmes die klassische Antwort erhielt: Niz steha gebliwa, ka Schirm, oder meine Se vielleicht s Parablue. Hätten ers glich radt gesait! Der ich do. Gleich in den ersten Dörfern fiel mir die große Anzahl Militärmützen auf den Köpfen der Schuljugend auf. Der vermeintliche Patriotismus fand bald seine Aufklärung. Das Tuch wird restlos geblasen aus Heeresbeständen. In einem der nächsten Dörfer wurde mir von einem Postagenten sein Briefkasten gezeigt, der einzige, den die Franzosen nicht zerschlagen hätten beim Einzug. Das traf aber nicht zu; ich sah noch viele andere verschont gebliebenen. Nur fehlte es an der Instandhaltung. In der ganzen an jenem Tage von mir durchwanderten Gegend war von nichts die Rede, als von einem Giftmordprozeß. Tags zuvor war die Gattenmörderin und deren Buhle, ein Grenzwächter, in Kolmar freigesprochen worden. Darob große Aufregung in der ganzen Gegend. (Fortsetzung folgt.)

Anwohner zuerst den schwerverletzten Albert Amendinger, Inhaber der U.-L.-Lichtspiele, und darauf einen Soldaten auf der Straße liegend auffanden. Beide Verunglückte wurden sofort dem Bezirkskrankenhaus zugeführt. Amendinger, Vater einer zahlreichen Familie, ist seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück entstand dadurch, daß die Bremse an dem Wagen verlagte, worauf infolge des Ausschlagens der Wagsscheite die Pferde scheuten und durchbrannten.

(S.C.B.) Heilbronn, 5. Nov. Der Schleppschiffahrtsdienst auf dem Neckar ist seit einigen Tagen wieder aufgenommen, leere Fahrzeuge sind von Eberbach und Mannheim talaufwärts gekommen und Kähne mit Salz bereits wieder talabwärts gegangen.

(S.C.B.) Ulm, 5. Nov. In Dellmensingen hat die Wucherpolizei, wie bereits kurz berichtet, ein Butternest ausgedöhnt. Dort treibt ein ehemaliger Käser, jetziger Buttergroßhändler J. Härle sein Handwerk. Während Tausende Butter überhaupt nur noch vom Hörensagen kennen, hat er es fertig gebracht, etwa 25 Ztr. Butter in alten Säcken anzusammeln, um sie bei noch günstigerer Konjunktur zu verschleiben. Die Butter ist lt. „Donauwacht“ schon 6-8 Wochen in den Säcken, und diese waren im Heu und zum Teil unter Holzhaufen versteckt. Durch die Behandlung ist das kostbare Fett in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Grünlich-blaue Schimmelpilze, die sich zentimeterweit in die Ballen eingefressen haben, bekleiden die Masse über und über. Die Wucherpolizei hat den kranken Menschenfreund der Staatsanwaltschaft übergeben. Man sollte ihn zur Strafe zwingen, die Butter selbst zu essen.

(S.C.B.) Ravensburg, 5. Nov. In der letzten Versammlung der Bäckerinnung wurde beschlossen, dem städt. Arbeitsamt für die bedürftigsten Arbeitslosen jede Woche 60 Raib Brot unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.	
1 Dollar	421,050 000 000 M.
1 Goldmark	100 250 000 000 M.
1 Schweiz. Franken	75 769 000 000 M.
1 franz. Franken	24 471 000 000 M.
Reichsindex für Lebenshaltung	13,671 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	100 Ma.

Zwangmäßige Preisfestsetzungen durch die Reichsregierung.

Berlin, 5. Nov. Zur Linderung der größten Not auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung stellte die Reichsregierung für die Milchverbilligung den Ländern erhebliche Beträge zur Verfügung und überwies dem Zentralausschuß für Auslandshilfe die Mittel, um die Fortführung und Verstärkung der mit Hilfe des Auslandes ausgeführten Rinderpreiseisen zu sichern. Um aber auch weiteren Krisen der unter den Verhältnissen schwer leidenden Bevölkerung Erleichterungen zu schaffen, wird die Reichsregierung in einigen besonders dringenden Fällen eine Kredithilfe in die Wege leiten, damit die vorhandenen Lebensmittel leichter und möglichst billig in den Verkehr gebracht werden. Auch auf den übrigen Wirtschaftsgütern nahm die Reichsregierung nachdrücklichsten Einfluß auf die Preispolitik. So wurden — in Goldmark gerechnet — die Preise bei der Kohle um 35 Proz., bei Bau-

stoffen um 20-30 Proz., bei Rohelisen um 25 Proz. und bei gewissen Zweigen der eisenerarbeitenden Industrie um 20 Proz. gesenkt. Die Auswirkungen dieser Preisfestsetzungen auf andere Wirtschaftsgüter können sich naturgemäß nur allmählich durchsetzen. Der Zwang für die Verkehrsverwaltung, im Interesse der Entlastung der Reichsfinanzen und der Eindämmung der Inflation ihre Tarife dem Geldwert anzupassen, muß den Preisfestsetzungen bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken. Es ist aber zu hoffen, daß die Verbilligung der Rohstoffkosten der weiterverarbeitenden Industrie in kürzester Zeit wieder eine größere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch wieder einen erhöhten Beschäftigungsgrad sichern wird. Durch die dauernde Einwirkung auf die Preisprüfungsstellen und die sorgfältige Überwachung der wirtschaftlichen Verbände werden vorhandene Mißstände im Warenverkehr bekämpft. In der gleichen Richtung wird die neueste Verordnung gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung wirken, da sie der öffentlichen Gewalt durchgreifende Machtmittel gegen die Auswüchse der Kartelle und Syndikate und ihre Zahlungsbedingungen in die Hand gibt.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. November. Die Woche begann wiederum mit außerordentlichen Kurssteigerungen am Effektenmarkt. Dabei kam außerordentlich wenig Material an den Markt.

Es gemannen in Milliarden		Langhans	
Prozent von Bankem:		Roch	6800 (8000)
Württ. Hypotheken	1000 (1200)	Laupheim	13000 (20000)
Württ. Notenbank	5600 (5000)	Magirus	19000 (25000)
Württ. Vereinsbank	4600 (5000)	Ehlingen	4400 (5000)
Südd. Festwertbank	900 (1200)	Hesler	9250 (10000)
Von Brauereien:		Weingarten	5200 (6000)
Ravensburg	2500 (3000)	Neckarjulin	12000 (15000)
Ehlingen	2000 (3000)	Württ. Metall	5000 (6500)
Rettenmeyer	1200 (2000)	Von sonstigen Wertem:	
Pfauen	2500 (3000)	Bad. Anilin	18000 (30000)
Württ. Hohenz.	4000 (5000)	Belfer	31000 (35000)
Wulle	4400 (5000)	Bremen-Versich.-Del	775 (900)
Von Textilwertem:		Cement Heidelberg	36000 (45000)
Erlangen	10000 (12000)	Kommende Tag	9300 (10000)
Unterhausen	4400 (5000)	Deutsche Verlag	2250 (2500)
Vietingheim	41000 (50000)	Kaiser Otto	8000 (9000)
Rohb & Schille	13800 (17000)	Rnopp	10600 (12000)
Piersee	43000 (50000)	Rhein-Kottweil	3100 (4000)
Kottern	40000 (50000)	Kraft Altwürttemberg	16500 (21000)
Kuchen	19000 (20000)	Leibbrand	8000 (10000)
Weilberstadt	3200 (10000)	Krumm	3150 (3500)
Ehlingen	25000 (30000)	Salz Heilbronn	5500 (6500)
Württ. Kottun	12000 (20000)	Stuttg. Bäckermühle	66000 (80000)
Blaubeuren	12000 (20000)	Stuttg. Zucker	9000 (12000)
Von Maschinen- und Metallwertem:		Union D. Verlag	13000 (15000)
Daimler	3450 (4000)	Verein. Del	5000 (6000)
Hansa	7300 (8000)	Verein. Filz	8500 (8000)
Hohner	19000 (35000)	Württ. Transport	23000 (25000)
Auch der Freiverkehr hatte außerordentliche starke Kurssteigerungen zu verzeichnen.		Ziegel Ludwigsburg	300 (500)
			6000 (9000)

Landesproduktbörse.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. Okt. An der heutigen Börse waren Angebote in Papiermarkt nur sehr spärlich vorhanden. Die Warenbesitzer wollten abwarten, bis allgemein in wertbeständiger Währung gehandelt wird. Die Umsätze waren deshalb sehr gering. Es notierten (in Goldmark): Weizen 23-24, Sommergerste 18-19, Roggen 21-22, Hafer 15-16, Weizenmehl 36-37, Brotmehl 33 bis 34, Kleie 7-8, Weizenheu 5-6, Kleieheu 6-6,5, Stroh 5-6 je 100 Kilo. Vergleichspreise sind diesmal nicht möglich, da an der letzten Börse noch in Papiermarkt gehandelt wurde.

Anzeigen-Schlüsselzahl 130 000 000

Der Wert der Silbermark.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 5. Nov. ab bis auf weiteres zum 35-milliardenfachen Betrage des Nennwerts.

Der Erzeuger-Milchpreis.

Der Erzeuger-Milchpreis für die Zeit vom Mittwoch, den 7. November bis einschließlich Freitag, den 9. November, beträgt für 1 Liter frei Sammelstelle 10 Milliarden Mark.

Schweinemärkte.

In Crailsheim waren 30 Käufer- und 620 Milchschweine zugeführt. Preis: 1 Paar Käufer-schweine 500-1000 Milliarden, 1 Paar Milchschweine 400-700 Milliarden. — Dem Markt in Nertingen wurden 73 Milchschweine zugeführt. Die Preise bewegten sich von 400-600 Milliarden das Paar. Alles wurde verkauft. — Dem Schweinemarkt in Kottweil waren 357 Milchschweine und 2 Käufer zugeführt. Der Handel war sehr lebhaft, ein kleiner Rest blieb unverkauft. Bezahlt wurden für Milchschweine 200-700 Milliarden Mark, Käufer wurden nicht verkauft.

Märkte.

(S.C.B.) Rosenfeld, O.A. Sulz, 5. November. Dem Viehmarkt waren zugeführt 11 Faren, 9 Ochsen, 32 Rüge, 35 Kalbinnen und 69 Stück Jungvieh. Verkauft wurden 2 Ochsen, 5 Rüge, 12 Kalbinnen und ca. 20 Stück Jungvieh. Erlös für 1 Ochsen 7-7 1/2 Billionen, Rüge 5-6 Billionen, Kalbinnen 6-7, Jungvieh 1 1/2-5 Billionen Mk. Dem Schweinemarkt waren 40 Milchschweine zugeführt, wovon 35 verkauft wurden zum Preis pro Paar von 78-140 Milliarden Mark.

(S.C.B.) Reutlingen, 5. Nov. (Fruchtpreise.) Zufuhr: 45,65 Ztr. Weizen, 134,12 Ztr. Gerste, 376,82 Ztr. Haber, 27,88 Ztr. Aiber Dinkel, 1,50 Ztr. Roggen. Preise pro Ztr. in Milliarden Mark: Weizen 800-1000, Gerste 400-720, Haber 300-460, Aiber Dinkel 600-900, Roggen 650.

(S.C.B.) Erolzheim O.A. Biberach, 5. Nov. (Fruchtpreise.) Die letzte Schranne notierte folgende Durchschnittspreise in Milliarden Mark: Weizen 310, Gerste 200, Haber 185, Kernen 310 per Ztr.

(S.C.B.) Urach, 5. Nov. (Schranne.) Zufuhr: 27,11 Ztr. Dinkel, 25,90 Ztr. Gerste, 200,28 Ztr. Haber, 17,74 Ztr. Weizen, 1,86 Ztr. Roggen. Preise pro Ztr. in Milliarden: Dinkel 300-320, Gerste 270-330, Haber 125-210, Weizen 204-330, Roggen 200-280.

(S.C.B.) Ravensburg, 5. Nov. (Schranne.) Bei schwachem Angebot und gesteigerter Nachfrage wickelte sich der Schranneverkehr ab. Preise in Milliarden pro Doppelzentner: Weizen 1025-1825, Dinkel 980-1000, Roggen 610-6050, Gerste 900-1220, Hafer 600-874. Die Stimmung war sehr fest, die Preise stiegen rasch.

Die höchsten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wucher- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Zuschläge in Betracht kommen. D. Schiffel.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der K. Calw. Anzeiger-Verlagsgesellschaft, Calw.

Die am 1. November fällige Landabgabe wird bis Donnerstag, den 8. November zum Gold-Umrechnungssatz vom 1. November (17 Milliarden) angenommen.

Hirau, den 5. November 1923.

Finanzamt: Voelter.

Stadtgemeinde Calw.

Abgabe von Kartoffelbezugscheinen

am Mittwoch von morgens
8 Uhr ab an noch nicht besetzte Erwerbslose und Kurzarbeiter, Sozialrentner und Kleiegerwitwen,
9 Uhr ab an solche Personen, die bei keiner Vereinigung (Konsumverein, Gewerbeverein usw.) für Zwecke des Kartoffelbezugs angeschlossen sind,
auf dem Rathaus Zimmer Nr. 14,
Calw, den 5. November 1923.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calw.

Viehsteuenumlage.

Nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern vom 29. Oktober 1923 sind an Beiträgen außer den für die einzelnen Tiergattungen bereits begabten weiter zu entrichten:

- von jedem ein Jahr alten und älteren Pferd mit Ausnahme der unter c . . . 0,75 Goldmark
 - von jedem unter einem Jahr alten . . . 0,25 "
 - von jedem einer kleinen Rasse angehörigen Pferd, jedem Esel oder Maulesel 0,25 "
 - von jedem 3 Monate alten und älteren Stück Rindvieh . . . 0,25 "
 - von jedem unter 3 Monate alten Kalb 0,10 "
- Die Umlagebeiträge werden am 6. und 7. ds. Mts. eingezogen. 1 Goldmark wird zu 17 Milliarden gerechnet. Zu Beiträgen, die beim Einzug nicht bezahlt werden, sind Zuschläge zu entrichten.

Calw, den 4. November 1923.

Städt. Steueramt: Göhner.

Reisiglose

aus der Abteilung Fuchslot können zugewiesen werden. Nebenunten werden am Donnerstag, vormittags, entgegengenommen.

Calw, den 5. November 1923.

Stadtpfleger: Frey.

Druckarbeiten



jeglicher Art wollen Sie bei Bedarf bei uns bestellen. Wir liefern alle Erzeugnisse des Buchdrucks von der einfachsten Besuchskarte bis zum umfangreichsten Werk, rasch und preiswert ausgeführt

Druckerei des Calwer Tagblatt
Geschäftsstelle: Leberstraße Nr. 151, Fernsprecher Nr. 9.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Calw, 5. November 1923.

Für die vielen Beweise wohlwunder Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Georg Hiller

Wohlfühlinspektor

sagt auf diesem Wege herzlichen Dank im Namen der Hinterbliebenen:
Gertrud Hiller.

Calw.

Heute Mittag 3 Uhr verfeiere ich vor meiner Kanglei, Salzgasse 62, gegen bare Bezahlung 1 jüngeren **scharfen Hofhund.**

Gerichtsvollz. Ohngemach.

Simmozheim.

Am Donnerstag, den 8. ds. Mts. vormitt. 11 Uhr verfeiere ich im Wege der Zwangsvollstreckung gegen bare Bezahlung:

1 neue Drehschmaschine mit Puhvorrichtung und Treibriemen und
1 neue Kreisäge.

Zusammenkunft b. Rathhaus. Gerichtsvollz. Ohngemach.

Gebrauchtes

Piano oder Tafelklavier

auch wenn reparaturbedürftig zu kaufen gesucht. Angebote an Willy Sattler Klaviertechniker, Pforzheim Gellertstraße 18.

Lehrerverein Calw.

Calw, Mittw. 7. Nov., 2 1/2 Uhr, Vortrag von Hrn. Breittling: Wärmewirtschaft.

2 Paar getragene **Rohrstiefel**

Größe 43, zu verkaufen eventl. gegen Haber einzutauschen

Frau Frey, Ernstmühl.

Spangenschuhe

fast neu, Größe 33, um 8 Goldmark zu verkaufen, Meggergasse 335.

Rasch berichtet das Calwer Tagblatt über alle wissenschaftlichen Vorkommnisse!